



Kommunales Tabu

Katja Wolf regiert Eisenach. Die Stadt ist dauerpleite – soll aber sozial bleiben. Seite 6

Foto: imago

Atomarer Neustart

In Japan geht das erste Kernkraftwerk nach Fukushima wieder ans Netz. Seite 9

Brillanter Reporter

Victor Klemperer berichtete 1919 von Bayerns Revolution. Seite 16

Foto: Victor Klemperer und seine Frau Hadwig/Archiv



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 11. August 2015

70. Jahrgang/Nr. 185

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Schont das Stempelkissen!

Velten Schäfer über Konsequenzen aus der »Landesverratsaffäre«

Es war ein Glück für »Netzpolitik«, dass Geheimdienst und Bundesanwalt die größte Kanone aufführen. Denn wäre der Aufschrei ebenso laut gewesen, wenn man den Bogen nicht so überspannt hätte? Wenn es nicht gleich um »Landesverrat«, sondern um »Anstiftung zur Verletzung des Dienstgeheimnisses« oder »Verletzung des Urheberrechts« gegangen wäre? Beides wurde jüngst gegen Medien in Anschlag gebracht. Letzteres von der Regierung nach Veröffentlichung von Afghanistan-Interneta.

Wenn nun aus der Causa gelernt werden soll, muss nicht nur aufgeklärt werden, wer wann was wusste und tat. Nötig ist ein besserer Schutz von Journalisten nicht nur vor dem Sturmgeschütz, sondern auch vor kleineren Kalibern. Abgesichert werden müssen Hinweisgeber in Unternehmen und Behörden. Im Rahmen der G-20 hat Berlin das vor Jahren zugesichert, doch geschah ist nichts – obwohl detaillierte Entwürfe vorliegen.

Im »Netzpolitik«-Fall hätte aber auch das nicht geholfen. Schützen lassen sich Hinweisgeber, die Illegales enthüllen – für die Quelle jenes bloß politisch kontroversen Geheimpapiers zur Internetüberwachung, nach der weiter gefahndet wird, gilt das nicht. In solchen Fällen wird sich der Bogen kaum per Gesetz entspannen lassen. Nötig wäre eine Behördenkultur, die dem Staatsvolk als Souverän weniger Misstrauen entgegenbringt und im Zweifelsfall den »Geheim«-Stempel schont. Doch derzeit scheint eine solche kaum in Sicht.

UNTEN LINKS

Was machen bei dieser Hitze eigentlich die **Klimaanlagen** in den Fernzügen der Deutschen Bahn? Auf sie ist wie jedes Jahr Verlass: Sie fallen aus. Haha. Diese Aussage stimmt natürlich nicht in ihrer Pauschalität. Gewiss, die eine oder andere Panne gibt es. Ansonsten aber quält die Bahn ihre Kunden nicht mit dem ewig Gleichen, sondern hat Überraschungen parat. So war tagelang eine Platzreservierung in rund der Hälfte aller Intercity-Züge nicht möglich. Eine Präventivmaßnahme, damit bei Ausfall der Klimaanlage kein Platzanspruch in einem Ersatzzug besteht? Die Bahn wies das zurück und erklärte lapidar, »das System wurde falsch programmiert«. Ja, am Ende ist es immer »das System«, das schuld ist. Jedem DB-Kunden sei deshalb Friedrich Nietzsche ans Herz gelegt: »Ich misstraue allen Systematikern und gehe ihnen aus dem Weg. Der Wille zum System ist ein Mangel an Rechtschaffenheit.« Als Philosoph kannte Nietzsche sich auch mit heißer Luft bestens aus. *ibo*

Ein Lehrstück über Leerstand

Hilflosigkeit, Halbherzigkeit und Härte dominieren die Flüchtlingsdebatte



Foto: Imago/FPN

Berlin. Während der Zustrom von Flüchtlingen nicht abreißt – innerhalb von drei Tagen wurden 1417 meist syrische Migranten vor und auf den griechischen Inseln Kos, Chios, Agathonisi, Samos und Lesbos aufgegriffen –, wird in der Bundesrepublik weiter um den Umgang mit Asylbewerbern diskutiert. Die einen fabulieren über schnellere Abschiebungen, neue Nachrichten von rassistischen Übergriffen machen die Runde und in Union wie SPD wird über sichere Herkunftsländer palavert.

Indes sorgt der Vorschlag von Baden-Württembergs Grünen-Ministerpräsident Winfried

Kretschmann, überproportional viele Flüchtlinge in den ostdeutschen Ländern unterzubringen, weil dort der Wohnungsleerstand mit 9,1 Prozent bedeutend höher ist als im Westen (2,2 Prozent des Wohnungsbestandes), für unterschiedliches Echo. Nicht nur seine Amtskollegen in den neuen Ländern versuchen abzuwehren, auch der Mieterbund äußert Bedenken. Direktor Lukas Siebenkotten verwies auf die Gefahr zunehmender sozialer Spannungen: »Ich glaube nicht, dass es dem sozialen Frieden dient, die Situation in Gebieten, in denen ohnehin schon eine angespannte so-

ziale Lage herrscht, weiter anzuheizen.« Vielmehr gehe es darum, dass die Bundesregierung endlich den sozialen Wohnungsbau vorantreiben, sagte er dem »nd«.

Der frühere DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer erinnerte daran, dass der Umgang mit Flüchtlingen gemeinsames Problem und gemeinsame Verantwortung sei. Allerdings sitze das Verletzungsgefühl vieler Ostdeutscher, sie seien nicht gleich geachtet, noch tief. Menschen mit Erniedrigungserfahrungen reagierten so, dass sie sich »nach unten hin abregieren«. *nd* *Seiten 2, 3, 7 und 11*

Ermittlung beendet, Transparenz verweigert

»Netzpolitik.org« steht nicht mehr im Fokus der Staatsanwälte, doch die Akten sind noch unter Verschluss

Interims-Bundesanwalt Gerhard Altvater hat die »Netzpolitik«-Ermittlungen eingestellt – nicht aber gegen die unbekannte Quelle. Die Opposition fordert weitere Konsequenzen.

Von Velten Schäfer

Die Ermittlungen wegen Landesverrats gegen das Blog »Netzpolitik.org« sowie dessen mutmaßliche Quelle beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sind eingestellt. Der amtierende Generalbundesanwalt Gerhard Altvater erklärte, man gehe »mit dem Bundesministerium der Justiz (...) davon aus, dass es sich bei den veröffentlichten Inhalten nicht um ein Staatsgeheimnis« im Sinne des Strafgesetzbuches handle.

Im Übrigen sehe »der Generalbundesanwalt die Voraussetzungen der subjektiven Tatseite nicht als gegeben an« – sei also nicht der Meinung, dass die Journalisten mit ihrer Veröffentlichung eines Verfassungsschutzpapiers zur Internetüberwachung in Deutschland fremde Mächte

begünstigen oder die Bundesrepublik beschädigen wollten.

Wegen »Verletzung des Dienstgeheimnisses« wird allerdings gegen die unbekannte Quelle weiter ermittelt – ein Straftatbestand, für den bis zu fünf Jahre Haft angedroht sind. Zuständig ist nun allerdings eine gewöhnliche Staatsanwaltschaft, nicht der Generalbundesanwalt.

»Das ist schön, längst überfällig, aber das reicht uns natürlich nicht«, kommentierte Markus Beckedahl, der Gründer des Blogs: »Wir wollen konkret wissen, ob wir im Rahmen der fast dreimonatigen Ermittlungen Opfer von Überwachungsmaßnahmen geworden sind. Und wir wollen Klarheit darüber, wer was wann in der Bundesregierung davon wusste.«

Auch bleibe die Frage, »warum der Generalbundesanwalt auf Druck durch wen genau die juristische Fehleinschätzung begangen hat, gegen uns mit Landesverrat zu ermitteln«. Zudem wolle er Einsicht in die angelegten Ermittlungsakten, was auch

nach der Einstellung des Verfahrens noch nicht gewährt worden sei – darin könne sich klassifiziertes Material befinden.

Die Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Renate Künast (Grüne), reagierte erleichtert. »Gut, dass der Spuk nun

»Im Übrigen sieht der Generalbundesanwalt die Voraussetzungen der subjektiven Tatseite nicht als gegeben an.«

Der Generalbundesanwalt

zu Ende ist«, sagte sie der dpa. »Der Angriff auf die Pressefreiheit ist damit vorerst beendet.« Künast sieht aber »Hausaufgaben« für die Rechtspolitik, darunter Fragen zum Verhältnis zwischen dem Justizminister und dem Generalbundesanwalt beim Weisungsrecht. Es bleibe »das Geschmäckle«, dass ein Beweismittel

einfach durch eine Stellungnahme aus dem Justizministerium ersetzt worden sei.

Die Einstellung der Ermittlungen sei der »einzig mögliche Schluss« gewesen, sagte LINKE-Parteichef Bernd Riexinger am Montag. Dennoch müsse weiter nach der Verantwortung der Bundesregierung gefragt werden: »Ende gut, alles gut« – das gelte nicht für den Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen, nicht für Justizminister Heiko Maas (SPD) und nicht für Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Die LINKE fordert unter anderem die Einstellung des Verfahrens gegen alle weiteren des Geheimnisverrats Verdächtigten und einen gesetzlichen Schutz für Hinweisgeber.

Ein solcher Fall dürfe sich nicht wiederholen, so »Reporter ohne Grenzen«. Die Deutsche Journalisten-Union (DJU) verlangte »grundlegende Aufklärung«. Die Vorschriften zum Landesverrat müssten überarbeitet, Journalisten müssten von der Strafverfolgung ausgenommen werden.

Profiteur der Krise ist Deutschland

Empörung in der Union über Kauder

Berlin. Die Bundesrepublik ist laut einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle ein großer Gewinner der Eurokrise. Seit 2010 habe die Staatskasse wegen der in Folge der Krise gesunkenen Zinslasten rund 100 Milliarden Euro eingespart. Der deutsche Anteil an den Kreditpaketen für Griechenland werde sich auf insgesamt rund 90 Milliarden Euro belaufen. Das dritte Programm, über das derzeit verhandelt wird, ist eingerechnet. »Selbst wenn Griechenland keinen Cent zurückbezahlt, hätte die deutsche öffentliche Hand also finanziell von der Krise profitiert«, so die Studie. Auch die »schwarze Null« im Bundesetat ist laut der Berechnungen »zu einem großen Teil auf Zinseinsparungen aufgrund der Schuldenkrise« zurückzuführen.

Derweil sorgt die Drohung von Unionsfraktionschef Volker Kauder an Abgeordnete, die gegen die Griechenland-Kredite votiert hatten, weiter für Empörung. Der CDU-Politiker Alexander Funk wurde mit den Worten zitiert, die Äußerungen seien »für jeden Vertreter der parlamentarischen Demokratie erschreckend und beschämend«. *nd* *Seiten 4, 5 und 7*

Neue Kita-Streiks erst ab Oktober

GEW-Tarifkommission lehnt Schlichtungsergebnis ab

Berlin. Im Tarifstreit des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes könnte es ab Oktober wieder zu Streiks kommen. Das kündigte ver.di-Chef Frank Bsirske am Montag in Düsseldorf an. Die Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft, der Erziehungsgewerkschaft GEW und des Deutschen Beamtenbundes hatten das im Juni erzielte Schlichtungsergebnis mit großer Mehrheit abgelehnt. Die GEW teilte über den Nachrichtendienst Twitter mit, auch ihre Tarifkommission habe sich gegen den Schlichterspruch ausgesprochen. Weitere Streiks seien in Vorbereitung. Die ver.di-Tarifkommission tagt an diesem Dienstag. Der Vorstand werde eine Fortsetzung des Arbeitskampfes empfehlen, sagte Bsirske. Am Donnerstag kommen die Gewerkschaften zu neuen Verhandlungen mit den Vertretern der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zusammen. Eine Einigung ist unwahrscheinlich. Am Montag hatten VKA und der Städte- und Gemeindebund die Gewerkschaftsforderungen erneut zurückgewiesen. *jme* *Seiten 4 und 5*

Doppelattacke in Istanbul: Vier Tote

Polizeiwache und das US-Konsulat von Attentätern angegriffen

Istanbul. Bei zwei Anschlägen in Istanbul sind mindestens vier Menschen getötet worden. In der Nacht zum Montag verübte ein Selbstmordattentäter einen Autobombenanschlag auf eine Polizeiwache im Stadtteil Sultanbeyli im asiatischen Teil der türkischen Metropole. Später griffen Bewaffnete das US-Konsulat im europäischen Viertel Istanbye an.

Bei dem Autobombenanschlag starb der Attentäter, zehn Polizisten wurden verletzt. Wenige Stunden danach gerieten Beamte der Spurensicherung unter Beschuss. Daraufhin entwickelte sich ein stundenlanges Feuergefecht, bei dem zufolge zwei Angreifer und ein Polizist getötet wurden. Ein Regierungsvertreter machte die Arbeiterpartei Kurdistans für das Selbstmordattentat verantwortlich.

Nach dem Anschlag auf das US-Konsulat, bei dem niemand zu Schaden kam, konnten die zwei mutmaßlichen Angreiferinnen zunächst flüchten. Eine wurde später festgenommen. Ankara beschuldigte die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front, hinter dem Angriff zu stecken. *AFP/nd*

ISSN 0323-3375

